

2012.4

KOMPASS

//kompass.im

Demokratie und Freiheit, Bürgerrechte und informationelle Selbstbestimmung,
Transparenz in Politik und Staat, existenzielle Sicherheit und gesellschaftliche Teilhabe,
freier Zugang zu Information und Bildung, ein bürgerfreundliches Urheber- und Patentrecht,

sowie weitere

Themen, die Piraten bewegen

Bild: CC-BY-ND-urbanaux / Flickr



Seite 3

Gemeinsam leben

INKLUSION STATT AUSGRENZUNG

Seite 8

Neue Schule

Bildungspolitik als
Gerechtigkeitspolitik

Seite 14

Programmparteitag

Piraten haben
viele Themen

Seite 24

Ausland

Arabischer Winter
in Syrien

Aus dem Inhalt

Verwerter gegen Verbraucher

Die Fronten sind klar: Angestrebte „Piraten“ stehen im Fokus der Rechteinhaber. Nie zufrieden, fordern sie härtere Strafen, automatisierte Verfolgung und nutzen rücksichtslos Kapital- und Anwaltsmacht.

Seite 10

Strahlendes Problem

Atommüll muß entsorgt werden. Über das Wie gibt es seit Jahrzehnten heftigen Streit. Problematisch erscheinen zur Zeit Konzepte der Aufarbeitung. Forschung, Entwicklung stehen erst am Anfang.

Seite 12

Überraschung im Briefkasten

Post vom Anwalt, gegen die man sich nicht wehren kann. Jedenfalls nicht ohne teure Hilfe. Ein viel zu gutes Geschäft.

Seite 13

Programm ohne Ende

Auf dem Bundesparteitag 2012.2 der Piraten geht es um Themen für die Bundestagswahl. Nach monatelanger Arbeit in Kleingruppen treffen sich 2000 aktive Piraten, um gemeinsam das Programm zu bestimmen. Der KOMPASS bringt auf 6 Seiten den Überblick, was Piraten thematisch bewegt.

Seite 14

Buch- und Medientipps

Kill Decision und zwei weitere Technothriller von Daniel Suarez sind der Lesetipp zum Jahreswechsel.

Seite 20

Der Virus im Kopf

Der letzte Teil unserer Fortsetzungsgeschichte aus einer Welt ohne Zukunft. Mit kostenlosem ebook-Downloadlink.

Seite 26

Editorial

Ahoi, liebe Lesende!

Als wären die ACTA-Großdemos Anfang 2012 nie gewesen: scheinbar völlig unbeeindruckt plant unsere Bundesregierung etwas drastisch schlimmeres als ACTA. Jetzt sollen Internet-Provider für den Staat mitspitzeln. In Zukunft sollen temporäre IP-Adressen jederzeit auf einen Kunden registriert sein.

Der Staat hat bald immer Zugang zu Endgeräten aller Art, dank Passwörter, Pincodes, Mailboxen und Cloud Accounts. Es kommt eine elektronische Schnittstelle per Gesetz, über die ein direkter und unkomplizierter Zugriff auf alle Daten ermöglicht wird. Zuerst nur für Geheimdienste. Natürlich ist es nur eine Frage der Zeit, bis auch andere Behörden einen Anschluß gelegt bekommen.

Wenn dieser Entwurf so verabschiedet wird, wird die private Kommunikation im Internet wesentlich stärker überwacht, als dies ohnehin bereits geschieht. Datenmißbrauch und Datenhehlerei wird so Tür und Tor geöffnet.



Der Kompass braucht dich!

Wir suchen Menschen mit Spaß am Schreiben und an Piratenthemen

Mach mit! Alle drei Monate möchten wir eine Ausgabe herausbringen. Dazu brauchen wir dich: als Autor, für die Grafik oder als Finanz-Genie!

So lernen wir uns kennen:

jeden Mittwoch 19:45 Uhr Telekonferenz
(Software:
<http://wiki.piratenpartei.de/Mumble#NRW>
NRW-Mumble-Server im Raum: Piratenzeitung)

Redaktionswiki:
<http://wiki.piratenzeitung.de/?title=Kompass>

KOMPASS

wird herausgegeben vom Denk Selbst e.V. und erscheint vierteljährlich. Die Zeitung gibt stets lediglich die Meinung der Autoren eines Artikels wieder. Diese Piratenzeitung ist keine Piratenpartei-Zeitung!

<http://kompass.im/>
kompass@piratenzeitung.de
Twitter: @Piratenzeitung

Mitwirkende:

Joshua Brück (Finanzen)
Irmgard Gravemann (Lektorat)
Radbert Grimmig (Lektorat)
Stefan Müller (Redaktion,
Koordination, V.i.S.d.P.)
Thomas Latzke (Redaktion)
ulrics (Redaktion)

Autoren:

Anti-Atom-Piraten
Michael Balke
Jürgen Beckmann
Michael Ebner
Irmgard Gravemann
Thomas Küppers
Thomas Latzke
Stefan Müller
ulrics

Layout: AG Werbemittel Hamburg

Postanschrift der Redaktion:
Marienburger Str. 18,
26389 Wilhelmshaven

Postanschrift des Vereins:
Marienburger Str. 18,
26389 Wilhelmshaven

AboService & Vertrieb:
vertrieb@denk-selbst.org

Titelbild: CC BY-SA Thomas Latzke

Druck: MegaDruck.de GmbH
Eichendorffstraße 34 b,
26655 Westerstede



Kopieren erlaubt!

Alle Inhalte, Texte, Bilder und Illustrationen etc. stehen unter **Creative Commons BY-NC-ND** (soweit nicht anders gekennzeichnet)

Den exakten Lizenztext lesen Sie bitte vor Ihrer Nutzung im Web auf <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/de/>

Ein Produkt der Arbeitsgemeinschaft

PIRATENZEITUNG

www.piratenzeitung.de



Gemeinsam statt einsam

„Frühstück!“ ruft Nick laut in die Gruppe. Heute war er dran, den Tisch zu decken. Die anderen Kinder kommen nach und nach an den Tisch; jetzt wird gemeinsam gefrühstückt. Früher, in seinem alten Kindergarten, durfte Nick nie den Tisch decken. In seinem neuen Kindergarten kann er den Tisch decken, mit aufräumen und so viele andere Sachen mit allen zusammen machen. Und Nicks Eltern sind richtig glücklich über seine Fortschritte. Nick, 5 Jahre, seit Geburt geistig und körperlich eingeschränkt

Deutschland hat die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert. Nun ist die Politik bundesweit gefordert, diese anspruchsvollen Forderungen umzusetzen. Der zentrale Appell der am 13. Dezember 2006 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen erlassenen Konvention, „dass alle Menschenrechte und Grundfreiheiten allgemein gültig und unteilbar sind, einander bedingen und miteinander verknüpft sind und dass Menschen mit Behinderungen der volle Genuss dieser Rechte und Freiheiten ohne Diskriminierung garantiert werden muss“, (1) stellt alle Verantwortlichen vor

eine große Aufgabe. Die Piraten stehen ausdrücklich zu der Konvention und unterstützen die Entwicklung hin zu einer inklusiven Gesellschaft. Inklusion (lateinisch includere = beinhalten, einschließen) basiert auf der Kernforderung der Piraten nach gesellschaftlicher Teilhabe und ist ein Paradigmenwechsel in der Behindertenpolitik. Während sich die bisherige Politik an den Defiziten des Einzelnen orientierte, basiert die inklusive Gesellschaft auf der Wertschätzung der Diversität und der Anerkennung des gesellschaftlichen Potentials eines jeden Individuums. Heterogenität ist normal und wünschenswert. Diesen

Anspruch auf Teilhabe gilt es nun in allen gesellschaftlichen und persönlichen Bereichen umzusetzen. Dabei steht die selbstbestimmte Lebensführung über allen Einzelmaßnahmen. Aufgabe von Politik ist es, in den nächsten Jahren angemessene Vorkehrungen bereitzustellen, die den Betroffenen uneingeschränkte Teilhabe zu allen gesellschaftlichen Bereichen ermöglichen.

Wer sind denn eigentlich die „Behinderten“?

Im bundesdeutschen Recht wird die Behinderung in Paragraph 2 Absatz 1 Sozialgesetzbuch IX so definiert: Menschen sind be-

hindert, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen und daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist. Sie sind von Behinderung bedroht, wenn die Beeinträchtigung erst noch zu erwarten ist. Fast zehn Prozent der Deutschen haben offiziell eine Behinderung – von einer wesentlich höheren Dunkelziffer ist auszugehen. Am ehesten nimmt man körperlich Behinderte wahr, einen Rollstuhlfahrer zum Beispiel oder jemanden mit einem

Blindenstock. Nicht sofort erkennbar sind Behinderungen sozialer oder psychischer Natur. Wer zum Beispiel Lernschwierigkeiten hat oder mit Depressionen kämpft, wird häufig nicht erkannt. Betrachtet man die Definition, wird schnell klar, dass fast jeder irgendwann in seinem Leben entweder „behindert“ oder von „Behinderung“ bedroht war. Daher sollten wir den Begriff der Behinderung prinzipiell in Frage stellen, da er an sich diskriminiert. In einer inklusiven Gesellschaft ist Verschiedenheit und Andersartigkeit die Normalität.

Frühkindliche Förderung

Der Anspruch auf Inklusion betrifft den ganzen Lebensweg: von der frühkindlichen Bildung bis zum Leben im Alter. Die Politik ist gefordert, ein inklusives Bildungssystem auf allen Ebenen zu schaffen und ein lebenslanges Lernen zu ermöglichen und zu fördern. Die Anforderungen an die frühkindliche Bildung sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Ne-

ben Betreuung steht auch hier Bildung immer mehr im Vordergrund. Inklusive Kindergärten ermöglichen gemeinsames Lernen. Die Wertschätzung der Vielfalt hat hier ihre Wurzeln. Die Akzeptanz von Andersein muss wesentlicher Bestandteil frühkindlicher Bildung sein. Sie ist ausschlaggebend für ein gelingendes, lebenslanges gemeinsames Lernen. Im Fokus der Entwicklung steht aktuell der Anspruch auf ein inklusives Bildungssystem. Erhebungen zeigen, dass Heterogenität in der Schule inzwischen eine Realität ist: So hat zum Beispiel mittlerweile jedes dritte Grundschulkind in Deutschland einen Migrationshintergrund. Alle Schüler haben einen Anspruch auf individuelle Förderung in einer gemeinsamen Schule.

Inklusive Schule

Das in vielen Bundesländern existierende Förderschulsystem muss zu einer inklusiven Schule umgebaut werden. Der Stand dieser Entwicklung ist in den Bundesländern sehr un-

terschiedlich. Während Bremen sich schon vor Jahren auf den Weg gemacht hat und die Erfolge sich durchaus sehen lassen können, hinken andere Bundesländer, wie NRW, noch hinterher. Das hat sowohl pädagogische als auch finanzielle Gründe. Der Umbau der Schulgebäude für Schüler mit Handicap führt zu erheblichen Kosten. Viele Kommunen stehen vor der Pleite und können diese Investitionen nicht stemmen. Hier müssen Länder und Bund mehr Verantwortung übernehmen und einen erheblichen Teil der Kosten stemmen, wenn sie glaubhaft den Weg zu einer inklusiven Gesellschaft gehen wollen. Daneben sind die Lehrer der Regelschule nicht ausreichend auf die Veränderung vorbereitet. Die Sorge vor Überforderung durch die neuen, oft sicherlich belastenden Aufgaben führt zu Vorbehalten in den Kollegien. Nicht zuletzt sind es auch Eltern „normaler“ Kinder, die um die bestmögliche Förderung ihrer Kinder bangen. Es gibt bauliche Barrieren und Barrieren in den Köpfen vieler Be-

troffenen. Diese müssen durch sachliche Diskussion, transparente Entscheidungen und differenzierte Hilfestellungen abgebaut werden. Die Piraten setzen sich für den konsequenten und nachhaltigen Umbau des Schulsystems hin zu einer inklusiven Schule ein, in der alle Kinder eine bestmögliche Förderung erfahren. Investitionen in die Bildung sind Investitionen in die Zukunft unserer Kinder und unseres Landes.

Martin „Bin ich froh, dass bald Feierabend ist. Millionen von gelben, roten und braunen Blättern im Park. Ich habe das Gefühl, ich muss die alle alleine wegschaffen. Wenn ich so auf meinen Rechen gestützt über die Rasenfläche im Park schaue, bin ich richtig zufrieden mit dem, was meine Kollegen und ich heute geschafft haben. Gleich geht es mit dem Bulli zur Firma und dann ist Feierabend. Ich muss noch ein paar Sachen einkaufen und freue mich schon auf den gemütlichen Abend zuhause.“

Martin 37 Jahre, nach Verkehrsunfall geistig eingeschränkt, festangestellter Mitarbeiter in Gartenbaubetrieb, betreutes Wohnen.

Chancengleichheit im Berufsleben

Arbeit bedeutet neben der materiellen Existenzsicherung auch, gesellschaftliche Teilhabe und selbständige Lebensführung zu ermöglichen. Menschen mit Behinderung haben längst nicht die gleichen Zugangschancen zum Arbeitsmarkt wie Menschen ohne Handicap. Ziel muss die Entwicklung eines inklusiven Arbeitsmarktes sein, der eine gleichberechtigte Teilhabe sicherstellt und auch Menschen mit Behinderung die gleichen Chancen zur Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt bietet. Überproportional viele Menschen mit Behinderung sind aktuell ohne Beschäftigung und daher auf die sozialen Sicherungssysteme angewiesen. Wirtschaft, Länder und Kommunen sind hier gefordert, einen offenen und integrativen Arbeitsmarkt zu schaffen, der es



Hinter den Plakaten

von Manfred Schramm

Macht man einen Ausflug durch die Medien, findet man an allen Orten wohlfeile Beiträge zum Thema Inklusion. Besonders die tatsächlich oder vermeintlich gesellschaftsrelevanten Gruppierungen, Verbände und Institutionen überschlagen sich bei der Plakatierung ihrer Publikationen mit der Begrifflichkeit „Inklusion“. Allerorts findet man Aussagen wie „Experten diskutieren über Inklusion ...“, „... Barrieren abbauen ...“ oder „... auf dem Weg zur Inklusion.“ Inklusion ist hip. Inklusion ist der Weg zum Erfolg. Inklusion ist Menschenrecht.

Stop! Mal nachgedacht.

Wo kommt diese wunderbare, Menschen achtende Einmütigkeit plötzlich her? Klar, die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung, die von Deutschland 2009 ratifiziert wurde, ist der Auslöser. Wunderbar,

dass es diesen Anstoß gab. Wirklich wunderbar? Ja, wunderbar. Aber gleichzeitig muss man traurig und beschämt sein, dass es dieses Anstoßes bedurfte. Was steckt hinter all den Plakaten? Welches Denken, welche Überzeugungen und welche Zwänge treffen wir auf dem Weg zu einer wirklichen Inklusion an? Welches Denken ist in unseren Köpfen und welches Denken brauchen wir? Betrachtet man beispielsweise die Überlegungen des Landschaftsverband Rheinland, die inklusive Förderung von Kindern mit Förderbedarf in Kitas aus Kostenerwägung zukünftig nach außen zu verlagern, muss man doch an eine schlechte Kulisse in einem noch schlechteren Film denken. Es kann und darf doch nicht immer nur um Geld gehen. Die Kernfrage zum Gelingen von Inklusion ist die Frage, wann Inklusion wirklich in unseren Köpfen ankommt. Denk' mal nach, bitte!

auch Menschen mit Handicap ermöglicht, ihren Arbeitsplatz frei zu wählen. Daneben werden Qualifizierungsmaßnahmen und Maßnahmen zur beruflichen Rehabilitation nötig sein, um mehr Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Das von den Piraten geforderte bedingungslose Grundeinkommen (kurz BGE) wäre auch in diesem Zusammenhang ein wichtiger Schritt hin zu einer inklusiven Gesellschaft. Die Betroffenen kämen aus der Situation des Bittstellers heraus und hätten die Möglichkeit der sozialen und gesellschaftlichen Teilhabe, auch wenn sie auf dem Arbeitsmarkt keine Beschäftigung fänden.

Lebensraum ohne Barrieren

Petra Das kann plötzlich jeden treffen: Petra ist 17 und mit ihrem Freund am Wochenende mit dem Motorrad unterwegs. Auf dem Rückweg nimmt ein Autofahrer ihnen die Vorfahrt, es kommt zu einem Sturz. Petra ist seitdem querschnittsgelähmt. Sie und ihre Familie müssen sich auf ein völlig neues Leben einstellen. Die Wohnung der Eltern liegt in der zweiten Etage, einen Aufzug gibt es nicht. Das Bad ist zu klein, der Rollstuhl passt nicht hinein. Eine behindertengerechte Wohnung zu finden ist fast unmöglich, die finanziellen Anforderungen sind kaum zu stemmen. Petras Schule ist nicht behindertengerecht ausgebaut, ein Schulwechsel lässt sich nicht verhindern. Da der ÖPNV nicht barrierefrei ist, verliert sie den Kontakt zu ihren ehemaligen Schulkameraden. Der Weg in die Isolation ist vorprogrammiert. Eine vollständige, gleichberechtigte und wirksame Teilhabe von Menschen mit Behinderungen setzt Barrierefreiheit voraus. Diese Barrierefreiheit meint zum einen die uneingeschränkte Zugänglichkeit von öffentlichen Gebäuden. Hier müssen Bauvorschriften angepasst werden. Älterer Baubestand muss saniert und erneuert werden. Der private Wohnraum bedarf vor dem Hintergrund einer immer älter werdenden Gesellschaft und dem Anspruch auf Barrierefrei-



heit einer Erneuerung, um ein barrierefreies Wohnen nicht nur im Alter zu ermöglichen. Konzepte zu Stadtteilentwicklung und generationenübergreifendem Leben in Quartieren sind spannende Herausforderungen, an denen die Piraten konstruktiv mitarbeiten wollen und werden.

Gesellschaftliche Teilhabe setzt Mobilität voraus

Ein wesentlicher Bestandteil der Barrierefreiheit und somit der uneingeschränkten Teilhabe ist der Anspruch auf Mobilität. Neben dem Umbau von Transportmitteln im ÖPNV ist die Forderung der Piraten nach einem ticketlosen öffentlichen Nahverkehr (im Wahlprogramm unter anderem der NRW-Piraten als „Fahrscheinloser Nahverkehr“ notiert) ein entscheidender Schritt hin zu einer Gesellschaft der nachhaltigen Teilhabe aller Menschen, egal ob mit körperlichem, psychischem oder sozialem Handicap. Modellprojekte wie zum Beispiel im belgischen Hasselt zeigen realistische Umsetzungsmöglichkeiten auf. Es

liegen erste konkrete Konzepte der Piraten vor, die eine breite Diskussion ermöglichen.

Barrierefreie Medien

Barrierefreiheit meint außerdem den uneingeschränkten Zugang zu Information und Kommunikation. Forderungen der Piraten nach Transparenz und Netzneutralität spiegeln und unterstützen diese Anforderungen. Die Frage im Zusammenhang mit Hartz 4, ob der Computer in der Wohnung zu den Grundbedürfnissen gehört, ist vor dem Hintergrund des Anspruchs auf informelle Teilhabe eindeutig zu bejahen. Er ist eine elementare Grundvoraussetzung für Information und Kommunikation. Selbstkritisch muss dabei angemerkt werden, dass unsere Kommunikationsplattformen und Tools nicht durchgängig den Anforderungen für Barrierefreiheit entsprechen und nicht jeder Stammtisch baulich und sozial barrierefrei ist. Konkrete Maßnahmen, beispielsweise eine Informationsplattform, welche Stammtische baulich barriere-

frei und ohne Kosten (etwa für Getränke) zugänglich sind, können ein erster Schritt sein.

Altern in Würde

Heinrich Solche Geschichten wie von Heinrich kennen wir alle: Der Vater einer Freundin lebt alleine und seine Demenz wird stetig schlimmer. Bisher konnte er durch den unermüdlichen Einsatz meiner Freundin und die Unterstützung durch Pflegekräfte in seiner Wohnung wohnen. Jetzt kann er nicht mehr alleine gelassen werden, meine Freundin ist völlig überfordert, am Ende ihrer Kräfte und von Schuldgefühlen geplagt. Er muss in ein Pflegeheim. Die fremde Umgebung macht ihm zu schaffen, er jammert, will wieder nach Hause. Die Pflegekräfte sind sehr bemüht, die eigene Arbeitssituation verhindert aber eine angemessene Betreuung. Ein immer drängender werdendes Problem ist der Zusammenhang von Alter und Behinderung. Die wachsende Zahl älterer Menschen in unserer Gesellschaft ist eine große Herausforderung.



Grundlegend für die gesellschaftliche Teilhabe älterer, oftmals kranker oder beeinträchtigter Menschen ist die Sicherung des Alterns in Würde. Dazu gehört neben dem Zugang zu gesellschaftlicher Infrastruktur auch eine Sicherung der notwendigen pflegerischen Leistungen. Viele Menschen haben Angst, in einem Pflegeheim versorgt werden zu müssen. Daher müssen die Möglichkeiten der Betreuung in der eigenen Wohnung und alternative Wohnformen mehr in den

Fokus genommen werden. Hier fehlt es der Politik zur Zeit an visionären Konzepten. Vorliegende Ideen zum Thema Quartiersentwicklung für ein lebenslanges selbstbestimmtes Leben sind ein erster Anfang.

Warum ist Inklusion ein Kernthema der Piraten?

Bei der Auseinandersetzung mit dem Thema Inklusion wird sehr schnell deutlich, dass der wesentliche Schritt hin zu einer inklusiven Gesellschaft der

Wandel in den Köpfen und in der Haltung ist. Solange eine Gesellschaft sich vorrangig an der wirtschaftlichen Effizienz jedes Einzelnen orientiert und nicht gleichwertig jeden Menschen als gesellschaftliche Bereicherung ansieht, werden noch so viele Maßnahmen nicht zum Erfolg führen – wie dringend sie im Einzelnen auch erforderlich sein mögen. Wir müssen weg von einem Menschenbild, das sich an den Defiziten des Einzelnen orientiert, hin zu einem Menschen-

bild, das die Potentiale und Möglichkeiten jedes Einzelnen in den Vordergrund rückt. Inklusion beschreibt eine Gesellschaft, die von Vielfalt und Respekt getragen wird. Die inklusive Gesellschaft beschreibt eine Vision, die den Grundgedanken der Piraten aufnimmt. Jeder Mensch hat das Recht, nach seinem eigenen, wie auch immer gearteten Lebensentwurf zu leben. Dabei steht die individuelle Freiheit im Vordergrund. Der Staat hat die Aufgabe, individuelle Freiheit und Lebensentwürfe zu ermöglichen. Gegenseitiger Respekt und die Wertschätzung von Andersartigkeit sind dabei die Basis einer solchen inklusiven Gesellschaft. Die politischen Forderungen der Piraten lassen sich immer wieder auf diesen Grundgedanken der Inklusion zurückführen. Ein bedingungsloses Grundeinkommen, fahr-scheinloser öffentlicher Nahverkehr, Netzneutralität und ein barrierefreies inklusives Schulsystem sind dafür Beispiele. Im Vordergrund steht immer die Möglichkeit der sozialen und gesellschaftlichen Teilhabe aller Menschen.

Bild: CC-BY-SA-Martin Kliem / Flickr

Die Arbeitsgemeinschaft Inklusion in der Piratenpartei

von Thomas Küppers

Die Inklusion ist eine Vision für unsere Gesellschaft. Es geht um die Frage: Wie wollen wir zusammen leben und miteinander umgehen? Die Arbeitsgemeinschaft (AG) Inklusion wurde gegründet, um diese Vision zu konkretisieren.

Wir haben uns folgende drei Schwerpunkte gesetzt:

1. Bisher wird nur in wenigen Bereichen von Inklusion gesprochen. Sie wird primär im Zusammenhang gebracht mit den UN-Behindertenkonventionen und der Inklusion von Kindern mit Behinderung (Bessere Alternative: Handicap) an unseren Schulen. Dabei ist die Inklusion mehr. Sie betrifft uns alle und umfasst das gesamte Leben. Dieses Bild zeichnet sich auch in unserem Grundsatzprogramm ab. Es beinhaltet jetzt schon viele Gedanken zur Inklusion. Wir haben daher einem Antrag erarbeitet, dies zu konkretisieren und die Inklusion fest im Grundsatzprogramm zu verankern.

2. Wir wollen ebenfalls ein weiteres Problem angehen: Inklusion wird oftmals mit Integration verwechselt. Dabei haben diese zwei Begriffe zwar Gemeinsamkeiten, aber beinhalten etwas völlig anderes:

Bei der Integration nehmen wir Menschen in unsere Gesellschaft auf, aber die individuellen Eigenheiten, ihre Mentalität wird dabei nicht erfasst. Dabei ist es gerade die Einzigartigkeit, die das Kapital eines jeden Menschen ist. Die Inklusion versteht es als ihre Aufgabe, eben diese individuellen Reichtümer mit aufzunehmen, sie zu nutzen und als Gewinn für alle anzuerkennen. Nicht nur der Mensch allein ist zu integrieren, auch seine Fähigkeiten, sein Denken, Fühlen und Handeln, das ist dann Inklusion. Die AG Inklusion möchte erreichen, dass wir in unserem Denken und Handeln von der Integration ablassen und zur Inklusion finden. Wir wollen daher Modelle entwickeln, um Menschen zukünftig besser in unsere Gesellschaft einzubinden, wie es bereits in anderen europäischen Ländern geschieht.



3. Durch die verfehlte Politik der letzten Jahrzehnte, haben sich Gruppen in unserer Gesellschaft gebildet. Die AG Inklusion entwickelt daher Ideen, um Wege aufzeigen, die dies korrigieren.

Menschen sollen in unsere Gesellschaft eingebunden werden, damit sie nicht zwangsläufig ihre eigenen, abgeschotteten Gemeinschaften bilden. Wir wollen aber eine Gesellschaft, an der alle teilhaben und partizipieren können und voneinander lernen, sowie ihre eigene Individualität einbringen. Die AG Inklusion möchte den Gedanken der Inklusion weiter verbreiten. Daher setzen wir uns dafür ein, dass der Inklusion sich nicht nur in unseren Gesetzen widerspiegelt, sondern auch in der Praxis umgesetzt wird. Die AG Inklusion möchte in Zukunft Aktionen erarbeiten und anhand von Modellversuchen die Inklusion in die Realität umsetzen.